

14.10.2013 - Die Welt

Warum stoppte Verwaltungsrat den Bischof nicht?

Der Bischöfliche Stuhl in Limburg wird von einem Gremium überwacht, doch ein Mitglied streitet jede Verantwortung für den 31-Millionen-Euro-Bauskandal ab. Der Fehler soll an anderer Stelle liegen. Von Tim Röhn

Franz-Peter Tebartz-van Elst, 53, trägt die Verantwortung für die Kostenexplosion beim Bau des Diözesanen Zentrums in Limburg, daran gibt es keinen Zweifel. Dass nun aber auch mehr und mehr der Vermögensverwaltungsrat, der das Vermögen des Bischöflichen Stuhls überwachen sollte, in die Kritik gerät, gefällt dem Gremium überhaupt nicht.

"Der Vermögensverwaltungsrat ist ein Beratungs- und kein Prüfungsgremium. Wir haben nicht die Rechte, die der Aufsichtsrat eines Unternehmens hat. Wir beraten nur dann, wenn man uns fragt und uns einen Sachverhalt liefert. Wenn uns der Sachverhalt aber nicht vorgelegt wird, können wir auch nicht beraten. Der Bischof ist immer davon ausgegangen, dass die Zahlen nie veröffentlicht werden. Das ist der springende Punkt", sagt Carl-Friedrich Leuschner, einer der drei Mitglieder des Vermögensverwaltungsrats, der "Welt".

Und weiter: "Was wir tun konnten, haben wir getan. Es bestehen keine gesetzlichen Voraussetzungen, dass das Vermögen des Bischöflichen Stuhls hierzulande kontrolliert werden muss." Der Bischof sei allein dem Vatikan verantwortlich.

Der Fehler soll im System liegen

Über allem schwebt die Frage, wie es möglich war, dass der Bischof statt der ursprünglich geplanten 2,5 Millionen Euro am Ende 31 Millionen Euro für seine neue Privatresidenz ausgab, ohne dass ihn jemand stoppte. Leuschner, der in Bochum und der Schweiz lebt und als Wirtschaftsprüfer arbeitet, sieht den Fehler nicht bei sich und seinen Kollegen, sondern im System: "Wir haben uns zuletzt zwei oder drei, höchstens aber vier Mal pro Jahr getroffen. Und ich bin ja vielleicht noch ganz falsch, ich wohne gar nicht im Bistum Limburg. Ich weiß nicht, was da erzählt wird, was da gebaut wird. Ich lese auch nicht die Frankfurter Zeitungen täglich."

Der Limburger Pfarrer i.R. Hubertus Janssen, bis Anfang des Jahres Sprecher der katholischen Laienbewegung "Wir sind Kirche", nimmt dem Gremium derlei Darstellungen nicht ab. "Das sind doch nicht die Drei von der Tankstelle. Die sollen aufhören, zu jammern, dass sie hinter das Licht geführt wurden. Da will jemand wohl seine eigene Haut retten", hatte er der "Welt am Sonntag" gesagt.

Mehr Transparenz im Kirchenrecht

Während der Streit um die Verantwortung für die Kostenexplosion weiter tobt, plädiert Leuschner für eine Reform des Kirchenrechts: "Die Organisation ist über Jahrhunderte gewachsen, aber mehr Transparenz und Offenheit wären wünschenswert." Es müsse ermöglicht werden, dass nicht nur der Vatikan die wirtschaftlichen Entscheidungen eines Bischofs überprüfen könne.

Selbst für den Fall, dass Tebartz-van Elst Reue zeigt und Reformen befürwortet, hält Leuschner ihn an der Spitze des Bistums für untragbar: "Als Christ könnte ich ihm vergeben. Aber die Frage ist, ob die Mitglieder des Bistums noch mit ihm zusammenarbeiten wollen. Ich glaube, er kommt nicht mehr an die Gläubigen heran."

<http://www.welt.de/politik/ausland/article120904351/Warum-stoppte-Verwaltungsrat-den-Bischof-nicht.html>

Zuletzt geändert am 17.10.2013